

- 5. OKT. 1994

SÜDASIEN-INSTITUT  
der Universität Heidelberg  
Zentralbibliothek

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Michael Mertsch

## Gegen Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte

Die staatliche 'Human Rights Task Force' (HRTF) hat jetzt in einer Veröffentlichung gefordert, daß bei der Ausbildung von Polizisten und Soldaten in Sri Lanka besonderer Wert auf Fragen der Menschenrechte zu legen ist. Damit sollen die immer wieder auftretenden Folterungen und Mißhandlungen von Inhaftierten im Gewahrsam von Polizei oder Armee bekämpft werden. Neben einem entsprechenden Ausbildungsprogramm schlägt die HRTF außerdem vor, daß Inhaftierte unmittelbar nach ihrer Festnahme regelmäßig besucht werden sollten.

Die Forderungen der HRTF beinhalten auch sofortige Strafmaßnahmen gegen Polizisten oder Armeeingehörige, die sich Folterungen schuldig gemacht haben. Gerichtsverhandlungen aus diesem Grund könnten nicht mit Freispruch für den Angeklagten enden, vielmehr müsse zwingend eine Freiheitsstrafe verhängt werden. Den Beschuldigten müsse gleichzeitig ihre Dienststellung aberkannt werden und sie dürften nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, befördert werden.

Auch die Öffentlichkeit wird in der Mitteilung der HRTF ausdrücklich zu größerer Wachsamkeit und Aufdeckung von Fällen, bei denen Inhaftierte gefoltert wurden, aufgefordert. Folterungen könnten niemals Teil einer zivilisierten Gesellschaft sein.

## Keine Geheimlager?

Der Oberkommandierende der Armee hat in einer Antwort auf eine Anfrage der 'Human Rights Task Force' versichert, daß die Armee keine geheimen Gefangenenlager unterhält. Die HRTF hatte sich zu dieser Anfrage entschlossen, nachdem in jüngster Zeit erneut Hinweise auf Geheimlager, darunter eines in unmittelbarer Nachbarschaft des indischen Hochkommissariats in Colombo, laut geworden waren. Der Vorsitzende der HRTF hält die jetzige Situation für mögliche Insassen von Geheimlagern für besonders gefährlich: "Im Zusammenhang mit den Anschuldigungen gegen die Armee über eine Existenz von derartigen Lagern kommt jetzt besonders das Risiko hinzu, daß Gefangene heimlich getötet und beseitigt werden, um jedes Indiz zu beseitigen."

Die Antwort des Armeekommandierenden bestreitet insbesondere die Existenz des Lagers in Colombo und betont, daß jede verhaftete Person strikt nach den Bestimmungen des Notstandsgesetzes an öffentlich bekannten Orten festgehalten wird. Sollten diese Gesetze aufgehoben werden, dann findet der 'Prevention of Terrorism Act' Anwendung.

## Neue Untersuchungen zum Mord an Richard de Zoysa

Das 'Free Media Movement' (FMM) hat die neue Regierung aufgefordert, unter anderem die Umstände, die zum Tod des Journalisten Richard de Zoysa führte, zum Gegenstand einer neuen Untersuchung zu machen. Die Hintergründe des Mordes im Jahre 1990 waren von der bisher regierenden UNP niemals ernsthaft untersucht worden. Das FMM fordert darüber hinaus eine grundsätzliche Wiederaufnahme von Untersuchungen zu allen Fällen, in denen Journalisten seit 1988 entführt oder ermordet worden sind.

In einer dem Minister für Information, Tourismus und Luftfahrt übermittelten Erklärung stellt das FMM insgesamt fünfzehn Empfehlungen auf, zu denen die Regierung sofortige Maßnahmen ergreifen sollte. Neben den bereits genannten Forderungen sind dies auch die Wiedereröffnung der Untersuchungen zu den Mißhandlungen von lokalen und ausländischen Berichterstatern in der Nähe der Colombo Fort Railway Station im August 1992.

## Wer ermordete Premadasa?

Die Witwe des am 1. Mai des vergangenen Jahres ermordeten damaligen Präsidenten Premadasa hat die Ankündigung der neuen Regierung begrüßt, die Umstände des Todes ihres Mannes mit Hilfe einer Kommission genauer zu untersuchen. Sie werde alles erdenkliche von ihrer Seite dazu beitragen, die Untersuchungen zu unterstützen. Die Hilfestellung könne aber nur rein rechtlicher Natur sein. Obwohl sie dieser Ankündigung erfreut gegenüberstehe betonte sie, weiterhin entschlossene Anhängerin der jetzt oppositionellen UNP zu sein.

## Waffenkäufe aus Rußland

In einem Spitzengespräch, das auf ho-

her Ebene zwischen der neuen Premierministerin Chandrika Kumaratunga und Vertretern des Verteidigungs- und Finanzministeriums stattfand, sollten die Hintergründe eines offensichtlich noch kurz vor dem Ende der UNP-Regierung initiierten, großen Waffengeschäfts geklärt werden.

Bereits kurz nach der Wahl war aus zuverlässigen Regierungskreisen bekanntgeworden, daß das Verteidigungsministerium einen Vertrag über die Lieferung von Hubschraubern, Flugzeugen, Panzern und anderen großen Mengen militärischen Geräts mit einer russischen Firma geschlossen hat. Die Ausrüstung, es handelt sich hierbei um gebrauchtes Material aus russischen und ukrainischen Beständen, sollte für eine Summe von umgerechnet mehr als 110 Millionen Mark angekauft werden. Mehrere srilankische Armeeingehörige hatten offensichtlich bereits eine Inspektionsreise zur Begutachtung des Materials bei der russischen Firma VOENTECH unternommen.

Obwohl das Finanzministerium darauf hingewiesen hatte, daß in der Staatskasse für diese hohe Investition kein Geld zur Verfügung stünde, gab es jedoch die Empfehlung, hierfür bei einer Firma mit Sitz in Singapur einen entsprechenden Kredit aufzunehmen. Gleichzeitig erfolgte durch das Verteidigungsministerium bereits eine Anzahlung in Höhe von 10 Prozent der Kaufsumme.

Woher das Verteidigungsministerium dieses Geldes zur Verfügung gestellt bekam und wieso bereits jetzt erste Lieferungen aus Rußland eingetroffen sind, liegt völlig im Dunkeln.

Die Meldungen über erneute Waffenkäufe haben die neue Premierministerin in arge Erklärungsnot gebracht, versucht sie doch zur Zeit mit großer Unterstützung durch die srilankische Öffentlichkeit eine Verhandlungslösung für den Volksgruppenkonflikt im Land zu finden. Militärische Sicherheitsberater haben denn auch inzwischen den Bedarf für eine derartige Militärausrüstung in Frage gestellt. Selbst wenn die Armee weiterhin plane, im Norden eine große militärische Aktion zu beginnen, seien Waffenkäufe einer derartigen Dimension nicht zu rechtfertigen.

Eine Anfrage des Verteidigungsministeriums zur Freigabe von Geldern in entsprechender Höhe, wurde von Frau Kumaratunga inzwischen abgelehnt, da hierfür keine Mittel bereitstünden und

eine weitere finanzielle Belastung der Menschen im Land durch Steuererhöhungen nicht in Frage käme. Die Genehmigung des Kaufs würde faktisch alle Aussichten auf eine Friedenslösung durch Verhandlungen zerstören. Die Premierministerin ist sich offensichtlich auch der möglichen Konsequenzen gegenüber der Weltöffentlichkeit bewußt. Geberländer und internationale Organisationen, die Sri Lanka wiederholt zu einer ernsthaften Lösung des Konflikts im Land aufgefordert haben, könnten entsprechende Konsequenzen ziehen.

**Opfer des Wahlkampfes**

Mindestens 25 Menschen, darunter ein buddhistischer Mönch und zwei Frauen, mußten den Wahlkampf in Sri Lanka mit ihrem Leben bezahlen. Außerdem wurden von der Polizei insgesamt 23 Mordversuche aus dem ganzen Land gemeldet. Die Verbrechen wurden vor allem vor dem eigentlichen Wahltag, als auch in der Woche danach begangen. Zwei

Morde geschahen unmittelbar am 16. August. Den Anschlägen - der erste Mord im Zusammenhang mit der Wahl wurde am 4. Juli begangen - fielen vor allen Dingen Angehörige der 'Peoples Alliance' zum Opfer, gefolgt von Angehörigen der 'United National Party', dem 'Sri Lanka Muslim Congress' und der 'People's Liberation Organisation of Tamil Eelam'. Gemordet wurde auf unterschiedlichste Weise: Mißhandlungen, Steinigungen, Messerstechereien und Schüsse.

Doch es geschahen nicht nur Morde und Mordversuche. Nebenbei wurden auch hunderte von Fällen von Brandstiftung oder schwerer Körperverletzung registriert. Die Polizei hat in einer Erklärung die hohe Zahl von Straftaten, die im Zusammenhang mit der Wahl verübt wurden, mit einem Mangel an Personal begründet.

**Bericht zur Wahl**

In einem Bericht zum Verlauf der

Parlamentswahlen hat die 'Peoples Action for Free and Fair Elections' (PAFFREL) nachträglich die Werbe- und Propagandakampagnen der UNP kritisiert und als im höchsten Maße personifiziert und "jenseits der Grenzen von Würde und gutem Geschmack" bezeichnet. Die regierungseigenen Medien, namentlich der 'Lake House Verlag', seien in unfaier Weise zur Verbreitung von Werbung für die damalige Regierung benutzt worden. Exemplarischer nennt der Bericht ein über die beiden staatlichen Fernsehsender 'Rupavahini' und 'ITN' ausgestrahltes Interview, in dem ein politischer Kommentator die Pläne der 'Peoples Alliance' zur Aufnahme von Verhandlungen und zur Beendigung des Konflikts im Norden und Osten als Teilung des Landes bezeichnete.

Beide großen Parteien müßten die Verantwortung für eine Welle der Gewalt übernehmen, wie sie schon seit längerer Zeit im Zusammenhang mit Wahlen nicht mehr aufgetreten sei. PAFREL berichtet auch über bewaffnete Gruppen, die sich in der Nähe von Wahllokalen aufgehalten hätten, um Wähler zur Stimmabgabe für eine bestimmte Partei zu zwingen. Dieser Vorwurf wird vor allem Anhängern der UNP gemacht, die offensichtlich von sehr einflußreichen Kandidaten zu derartigen Aktionen aufgefordert worden waren. Die Parteien hätten offensichtlich darin versagt, ihre Mitglieder zu einem fairen und dem Anlaß angemessenen Verhalten aufzufordern.

Schließlich seien im Verlauf des Wahlkampfes immer wieder Mißbräuche staatlicher Ressourcen zu beobachten gewesen, seien es die Nutzung von Fahrzeugen, Räumlichkeiten oder Telefoneinrichtungen.

**Rede des Außenministers**

Anläßlich der Wahl eines neuen Parlamentssprecher hat der neue Außenminister, Lakshman Kadirgamar, seine Sicht des Wahlergebnisses und die daraus resultierenden Schlußfolgerungen umschrieben. Ausdrücklich betonte er seine Hoffnung auf eine historische Wende in der Geschichte Sri Lankas. Die Menschen im Land hätten eine tiefe Sehnsucht nach Frieden, Ruhe und ein Ende aller Auseinandersetzungen. "Es spielt keine Rolle, auf welcher Seite jemand steht. Wir in diesem Hause müssen unser Bestes tun, um eine Lösung für die vielen Probleme im Land zu finden." Kadirgamar - der einzige Tamile im neuen Kabinett - ging anschließend insbesondere auf den Wunsch vieler Menschen ein, endlich zu einem Ende der rassistischen Disharmonie im Land zu kommen.



Wahldemagogie der UNP: Das Wahlplakat zeigt die Kandidatin der 'Peoples Alliance', Chandrika Kumaratunga, wie sie dem Führer der 'Liberation Tigers', Prabhakaran, den eingeforderten Staat 'Tamil Eelam' auf einem Tablett überreicht. (Foto: Walter Keller)